

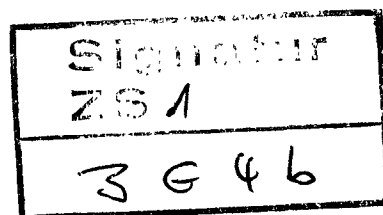
STATISTISCHE BERICHTE



Herausgeber: Statistisches Bundesamt / Wiesbaden

Arb.-Nr. VI/25/12

Erschienen am 16. Juni 1958



Die Bewilligungen im
öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau
4. Vierteljahr 1957

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet

Wichtiger Hinweis

für die Bezieher der Statistischen Berichte Nr. VI/25
"Die Bewilligungen im öffentlich geförderten
sozialen Wohnungsbau"

Mit vorliegendem Heft Nr. VI/25/12 wird das Erscheinen
der Berichtsreihe Nr. VI/25 eingestellt. Ab 1. Vierteljahr 1958 werden die Ergebnisse der Bewilligungsstatistik in der gleichen Form in der Reihe 4 der Serie

"Bauwirtschaft, Bautätigkeit, Wohnungen"
veröffentlicht.

Inhalt

	Seite
Einführung	4 - 7
Tabellenteil:	
1 Die bewilligten Wohnungen und die Finanzierungsquellen	8 - 9
2 Wohnungsbindungen	10
3 Das Bauvolumen	10 - 11
4 Die preisrechtlich zulässigen Mieten bzw. Belastungen	12
5 Zusätzliche öffentliche Mittel	13
6 Lastenbeihilfen	13
7 Sonderangaben über das Bauvo- lumen und die Eigentumsformen	14
8 Sonderangaben über die Bildung von privatem Wohnungseigentum	14

Veröffentlichungen der Statistischen Landesämter
über "Bewilligungen im öffentlich geförderten sozialen Wohnungs-
bau" unter der Nr. F II

Einführung

Ergebnisse des 4. Vierteljahres 1957

Im Berichtsquartal stiegen die Bewilligungen erneut an und übertrafen mit rd. 97 000 insgesamt geförderten Wohnungen das Ergebnis aus dem dritten Vierteljahr 1957 um knapp 20 000 Wohnungen (+ 25,3 vH). Das für die Monate Oktober bis Dezember 1956 festgestellte Rekordergebnis mit insgesamt 202 600 geförderten Wohnungen wurde allerdings nur knapp zur Hälfte erreicht; die Vergleichszahl von 1955 dagegen wurde um rd. 20 vH übertroffen.

Für die Finanzierung dieser Wohnungsbauvorhaben wurden im Berichtsquartal nahezu 2,5 Mrd. DM veranschlagt, also etwa 0,5 Mrd. DM (+ 24,5 vH) mehr als im dritten Vierteljahr 1957. Von den Finanzierungsmitteln soll gut 1 Mrd. DM von der öffentlichen Hand bereitgestellt werden, die damit über 40 vH der Gesamtherstellungskosten in Form von Baudarlehen übernimmt. 28 vH stammen vom Kapitalmarkt, während 32 vH als Eigenmittel der Bauherren anzusehen sind.

Das Gesamtvolumen der Bewilligungen gibt jedoch keine exakten Aufschlüsse über die Struktur des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaues, denn hier sind alle Förderungstypen (Förderung durch Kapitalhilfen (= öffentliche Baudarlehen) allein, durch Lastenhilfen allein oder durch Kapital- bzw. Lastenhilfen gemischt) zusammengefaßt. Ferner sind hierin auch die nur teilweise geförderten Bauvorhaben und die Bauvorhaben mit Räumen enthalten, die für wirtschaftliche Nutzung vorgesehen sind.

Ein genaues Bild von den Zusammenhängen, insbesondere der Finanzierung, ist dagegen aus den mit öffentlichen Baudarlehen vollgeforderten reinen Wohnbauten, die immerhin den größten Teil der Bewilligungen darstellen, zu gewinnen.

Z e i t	Von je 100 geförderten Wohnungen insgesamt entfielen auf Förderung durch			
	Kapitalhilfen	Aufwendungsbeihilfen	vollgef. reine Wohnbauten	sonstige Wohnbauten
1. Vierteljahr 1957	62,4	37,6	47,0	53,0
2. " 1957	83,5	16,5	69,9	30,1
3. " 1957	94,5	5,5	79,1	20,9
4. " 1957	88,8	11,2	74,7	25,3

Bei dieser Entwicklung muß berücksichtigt werden, daß am 1. Januar 1957 die Förderungsbestimmungen des Zweiten Wohnungsbaugesetzes in Kraft traten; die Umstellung auf das neue Verfahren nahm in den einzelnen Ländern eine unterschiedlich lange Zeit in Anspruch, so daß die Zahlen für das erste und zweite Vierteljahr 1957 nur bedingt verwertbar sind.

Bei der Finanzierung der nur mit öffentlichen Baudarlehen geförderten Wohnungsbauvorhaben wurden im Laufe des Jahres 1957 in stetig zunehmendem Umfang öffentliche Mittel eingesetzt. Im gleichen Ausmaß nahmen die Kapitalmarktmittel in ihrer Bedeutung ab und betrugen im Berichtsquartal nicht einmal mehr ein Viertel der Finanzierungsmittel. Die starke Heranziehung der billigen öffentlichen Mittel dürfte nicht nur zur Schließung der Finanzierungslücke, sondern auch zur Erzielung tragbarer Mieten und Belastungen notwendig gewesen sein.

Jahresergebnisse 1957

Mit insgesamt 211 197 geförderten Wohnungen betrug das Jahresergebnis 1957 ziemlich genau die Hälfte der Förderungen im Jahr 1956 und zwei Drittel von 1955. Die Abnahme der nur mit Kapitalhilfen geförderten Bauvorhaben war noch etwas größer (gut 52 vH), weil die Forderungen durch Lastenbeihilfen, d. s. Beihilfen zur Senkung der Bewirtschaftungskosten, an Bedeutung zugenommen haben und im Berichtsjahr bereits über 10 vH - gemessen an der Zahl der geförderten Wohnungen - ausmachten.

Im Bundesdurchschnitt wurden 42 Wohnungen je 10 000 Einwohner gefördert. Unter den Ländern liegt Hamburg mit 93 Wohnungen an der Spitze; es folgen Nordrhein-Westfalen mit 55 und Schleswig-Holstein mit 48 Wohnungen. Die wenigsten Wohnungen im Verhältnis zur Bevölkerung wurden in Rheinland-Pfalz (26) und Bayern (29) gefördert.

Nach der Art der öffentlichen Finanzierungshilfen wurden gefördert (in vH)

	Wohnungen insgesamt	Kapitalhilfen allein	d a v o n d u r c h Aufwendungs- beihilfen allein	Kapital- und Aufwendungsbei- hilfen gemischt
Schleswig-Holstein	10 791	89,2	6,4	4,4
Hamburg	16 486	68,6	11,5	19,9
Niedersachsen	23 338	78,4	9,4	12,2
Bremen	2 816	38,2	48,8	13,0
Nordrhein-Westfalen	82 401	100	-	-
Hessen	14 945	80,1	11,4	8,5
Rheinland-Pfalz	8 657	100	-	-
Baden-Württemberg	25 579	100	-	-
Bayern	26 184	75,5	23,2	1,3
Bundesgebiet	211 197	89,3	6,6	4,1
Berlin (West)	14 294	100	-	-

Die veranschlagten Finanzierungsmittel insgesamt beliefen sich auf knapp 5,4 Mrd. DM gegenüber 9 Mrd. DM im Jahre 1956 (- 40,3 vH) und 6,0 Mrd. DM im Jahre 1955 (- 10,9 vH). Die Gesamtherstellungskosten der nur mit öffentlichen Baudarlehen geförderten Bauvorhaben waren mit fast 4,9 Mrd. DM veranschlagt, darunter die vollgeförderten reinen Wohnbauten mit etwas über 3,8 Mrd. DM.

Je Kopf der Bevölkerung waren im Jahre 1957 insgesamt 107 DM veranschlagt (im Jahre 1956 dagegen 178 DM). Bei den Ländern zeigt sich die nachstehende Reihenfolge

Hamburg	249 DM	Bremen	99 DM
Nordrhein-Westfalen	140 DM	Niedersachsen	85 DM
Schleswig-Holstein	114 DM	Rheinland-Pfalz	74 DM
Bundesgebiet	107 DM	Hessen	72 DM
Baden-Württemberg	106 DM	Bayern	67 DM
Berlin (West)	126 DM		

In der Gruppe der vollgeförderten reinen Wohnbauten, in der allein die Herstellungskosten zu den geförderten Wohnungen in Beziehung gesetzt werden können, ergibt sich ein Bundesdurchschnitt von 24 200 DM je Wohnungseinheit. Diese Durchschnittskosten schwanken regional erheblich zwischen 21 100 DM in Hessen und 27 400 in Bremen. Außergewöhnlich niedrig sind die für die Erstellung einer Wohnung veranschlagten Kosten in Berlin (West) mit nur 19 800 DM, besonders im Vergleich zu den Werten für die beiden Stadtstaaten Hamburg und Bremen, bei denen man ähnliche Verhältnisse wie in Berlin voraussetzen könnte. Hierauf soll jedoch später eingegangen werden.

Tabelle 1: Die im Jahre 1957 veranschlagten Finanzierungsmittel je Wohnung im vollgeförderten reinen Wohnbau nach den Finanzierungsquellen
Förderung durch Kapitalhilfen allein

Land	Gesamt- finan- zierungs- mittel je Wohnung	von 100 DM Gesamtfinanzierungsmittel wurden aufgebracht durch										
		die öffent- liche Hand	den Kapital- markt	darunter				eigene Finan- zierung	darunter			
				Pfand- brief- institute	Spar- kassen	Privat- und Sozialver- sicherun- gen	Bespar- kassen		Arbeitsgeber- darlehen und -zuschüsse	Eingliede- rungs- oder Leih- mittel aus LAG-Mitteln	Hinter- darlehen und -zuschüsse	echtes Eigenkapital
Schleswig-Holstein	22 200	44,8	26,1	2,3	4,8	3,3	4,8	29,1	1,4	13,1	0,5	12,9
Hamburg	26 400	42,0	32,2	8,2	11,6	6,9	2,9	25,8	1,3	6,1	1,0	15,8
Niedersachsen	23 200	47,4	18,9	6,8	5,6	3,3	2,7	33,7	4,5	10,9	0,5	16,6
Bremen	27 400	38,3	28,5	2,0	14,2	0,9	4,5	33,2	1,3	5,9	0,5	23,2
Nordrhein-Westfalen	24 400	48,9	20,2	7,6	5,7	4,4	1,4	30,9	8,6	4,6	0,2	13,3
Hessen	21 100	35,7	27,1	6,8	7,5	5,7	5,4	37,2	1,0	6,8	0,5	27,9
Rheinland-Pfalz	26 100	37,2	24,9	4,4	9,2	5,3	4,0	37,9	4,3	4,6	0,2	26,9
Baden-Württemberg	26 100	32,6	31,0	5,7	7,5	5,7	8,5	36,4	2,6	5,2	0,4	26,6
Bayern	22 800	41,0	22,8	8,1	6,2	4,1	3,8	36,2	3,8	8,7	0,4	21,1
Bundesgebiet	24 200	43,8	23,4	6,9	6,6	4,6	3,3	32,8	5,4	6,4	0,4	17,9
Berlin (West)	19 800	62,7	17,5	3,5	10,7	1,7	0,5	19,8	1,3	9,0	0,2	8,5

Zunächst interessiert, aus welchen Quellen die Finanzierungsmittel stammen. Von den Bauherren wurden als eigene Finanzierung im Bundesdurchschnitt 32,8 vH der benötigten Mittel aufgebracht; an der Spitze liegen die süddeutschen Länder Rheinland-Pfalz, Hessen, Baden-Württemberg und Bayern. Das echte Eigenkapital war hierbei der wichtigste Posten; sein Anteil war in Hessen am höchsten. Der Kapitalmarkt stellte in Hamburg und Baden-Württemberg, aber auch in Bremen und Hessen weit über dem Bundesdurchschnitt (23,4 vH) liegende Beträge bereit. Von den Organen des Realkredits waren die Pfandbriefinstitute in Hamburg und Bayern mit über 8 vH, die Sparkassen in Bremen und Hamburg mit über 10 vH an der Finanzierung beteiligt. Auch Mittel der Privat- und Sozialversicherungen wurden in Hamburg mit fast 7 vH am stärksten eingesetzt. Der Anteil der von Bausparkassen gegebenen Mittel war in Baden-Württemberg mit 8,5 vH und in Hessen mit 5,4 vH besonders groß. Für die Restfinanzierung mußten öffentliche Baudarlehen zu 43,8 vH eingesetzt werden. Diese Quote wurde in Nordrhein-Westfalen und in Niedersachsen erheblich überschritten. Die wenigsten öffentlichen Mittel waren in Baden-Württemberg und Hessen erforderlich.

Die Größe der Wohnungen, sowohl nach der Raumszahl als auch nach der Wohnfläche, ist weiter gestiegen. Von 100 im Jahre 1957 geförderten Wohnungen in vollgeforderten reinen Wohnbauten hatten

	1 und 2	3	4	5	6 und mehr
	Räume (Küchen und Zimmer über 6 qm)				
Wohnungen insgesamt	7	30	44	13	6
Wohnungen für Wohnungssuchende mit geringem Eink.	8	31	40	13	8
Wohnungen für sonstige Wohnungssuchende	7	29	47	13	4

Es fällt hier auf, daß der Anteil der Großwohnungen mit 6 und mehr Räumen für Wohnungssuchende mit geringem Einkommen sehr hoch ist. Eine Erklärung hierfür dürfte darin liegen, daß diese Wohnungen für kinderreiche Familien mit drei und mehr Kindern bestimmt sind. Nach den Förderungsbestimmungen sind die kinderreichen Familien den einkommensschwachen Wohnungssuchenden gleichgestellt und werden daher auch mit ihnen zusammen in einer Gruppe ausgewiesen.

Bei den durchschnittlichen Flächen der Wohnungen ergibt sich ein ähnliches Bild. Die durchschnittliche Bruttowohnfläche der 1957 in vollgeforderten reinen Wohnbauten geplanten Wohnungen betrug in Wohnungen mit

	1 und 2	3	4	5	6 und mehr
	Räumen qm				
Wohnungen insgesamt	37,9	52,9	63,7	78,7	101,9
Wohnungen für Wohnungssuchende mit geringem Eink.	37,4	52,2	63,4	77,5	101,9
Wohnungen für sonstige Wohnungssuchende	38,4	53,6	63,9	79,9	102,0

Die regional verschiedenen Wohngewohnheiten und Ansprüche an ausreichenden Wohnraum spiegeln sich in der Gliederung der geförderten Wohnungen nach der Raumzahl in den einzelnen Ländern wider. Von 100 Wohnungen in vollgeforderten reinen Wohnbauten hatten

	1 bis 3	4	5 und mehr
	Räume		
Schleswig-Holstein	44	34	22
Hamburg	31	47	22
Niedersachsen	22	51	27
Bremen	30	43	27
Nordrhein-Westfalen	43	44	13
Hessen	37	43	20
Rheinland-Pfalz	32	35	33
Baden-Württemberg	25	52	23
Bayern	43	36	21
Bundesgebiet	37	44	19
Berlin (West)	65	30	5

In Rheinland-Pfalz war der Anteil der Großwohnungen besonders hoch; hier haben sogar 15 vH aller Wohnungen im vollgeforderten reinen Wohnbau 6 und mehr Räume. Das erklärt sich durch den hohen Anteil von Einfamilienhäusern.

Die Schichtung der Wohnungen nach der Raumzahl in den einzelnen Ländern erklärt z. T. die unterschiedlichen Herstellungskosten je Wohnungseinheit nach Tabelle 1. In Schleswig-Holstein und Bayern mit ihrem weit über dem Bundesdurchschnitt liegenden Anteil an Kleinwohnungen mit einem bis drei Räumen (einschl. Küche) sind auch die Durchschnittskosten je Wohnung relativ gering. Das gleiche gilt auch für Berlin (West), wo nur etwa ein Drittel aller Wohnungen vier oder mehr Räume hat. Umgekehrt liegen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz (von den beiden Stadtstaaten Hamburg und Bremen abgesehen) die Kosten je Wohnung und die Anteile der Wohnungen mit vier und mehr Räumen relativ weit über dem Bundesdurchschnitt.

Natürlich spielen noch andere Faktoren bei den Herstellungskosten einer Wohnung eine Rolle: die Wohnungen in Einfamilienhäusern werden im allgemeinen im Vergleich zu den Wohnungen in Mehrfamilienhäusern höhere anteilige Herstellungskosten erfordern; aber auch die durchschnittlichen Wohnflächen der Wohnungen, die verschiedenen hohen Grundstücks- und Erschließungskosten in den Städten und ihren Randgebieten bzw. in den kleineren Gemeinden wirken auf die Herstellungskosten ein.

Tabelle 2: Wohnungseigentum in öffentlich geförderten sozialen Wohnbauten
= Durch Kapitalhilfen allein vollgeforderte reine Wohnbauten

Land	Bauvorhaben insgesamt		davon						
	Gebäude	Wohnungen	Mehrfamilienhäuser			Einfamilienhäuser ¹⁾			
			Gebäude	Wohnungen	darunter Eigentumswohnungen ²⁾	Gebäude	darunter Familienheime	Wohnungen	darunter Eigentumswohnungen ²⁾
Anzahl					vH		Anzahl		
Schleswig-Holstein	4 061	8 149	578	3 955	97	3 483	92,4	4 194	2 270
Hamburg	3 012	8 529	889	6 191	252	2 123	95,2	2 338	2 079
Niedersachsen	8 688	17 680	1 006	6 788	635	7 682	95,7	10 882	7 471
Bremen	435	885	108	464	109	328	99,7	432	285
Nordrhein-Westfalen ³⁾	23 544	68 649	7 105	42 582	1 557	16 439	97,8	26 067	15 933
Hessen ⁴⁾	4 681	10 301	548	3 727	137	4 133	98,2	6 574	4 070
Rheinland-Pfalz	4 146	7 685	467	2 657	171	3 679	98,5	5 029	3 740
Baden-Württemberg	8 080	18 851	1 121	7 953	555	6 959	98,4	10 898	5 141
Bayern	6 308	16 261	1 155	8 851	464	5 153	97,3	7 420	5 034
Bundesgebiet	62 955	157 032	12 977	83 188	3 997	49 889	97,3	73 844	46 023
Berlin (West)	1 141	12 135	817	11 744	352	324	99,1	391	327

1) Einschl. Kleinsiedlerstellen.- 2) Eigentums- und Eigentümerwohnungen.- 3) in Nordrhein-Westfalen nur Neu- und Wiederaufbau.- 4) in Hessen ohne die Wohnungen in "Sonstigen Gebäuden".

Eigentumswohnungen¹⁾. Den höchsten Anteil an Eigentümerwohnungen in Einfamilienhäusern hatten Hamburg und Rheinland-Pfalz, den geringsten Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein. Das Wohnungseigentum hat, wie Tabelle 2 erkennen läßt, im allgemeinen nur geringe Bedeutung.

In den vollgeforderten reinen Wohnbauten insgesamt (Förderung durch öffentliche Baudarlehen bzw. Lastenbeihilfen allein oder gemischt) lagen 43, 1 vH aller geplanten Wohnungen in Einfamilienhäusern (1956 waren es nur 37,7 vH und 1955 nur 39,3 vH).

1) Eigentümerwohnungen sind die von den Gebäudeeigentümern bewohnten Wohnungen; Eigentumswohnungen werden von Wohnungseigentümern bewohnt.

Von den im Jahre 1957 geförderten Wohnungen in mit Kapitalhilfen allein vollgeforderten reinen Wohnbauten lagen 47,0 vH in Einfamilienhäusern, von denen wiederum 62,3 vH von den Eigentümern selbst bewohnt werden. 97,3 vH der Einfamilienhäuser wurden als Familienheime i. S. des Zweiten Wohnungsbaugesetzes gefördert. 4,8 vH der geförderten Wohnungen in Mehrfamilienhäusern waren Eigentümer- oder

noch: 3. Das Bauvolumen im öffentlich geförderten
sozialen Wohnungsbau
b) im 4. Vj. 1957

Berichts- zeitraum Land	W o h n u n g e n						W o h n f l ä c h e					
	insgesamt	davon mit ... Räumen (einschl. Küchen)					insgesamt	dav. in Wohn.mit ... Räumen (einschl. Küchen)				
		1 - 2	3	4	5	6 u. mehr		1 - 2	3	4	5	6 u. mehr
Zahl der Wohnungen							1 000 qm					
Sozialer Wohnungsbau überhaupt												
Bundesgeb.4.Vj.	97 037	8 010	28 585	43 318	12 078	5 046	6 080,3	301,0	1 529,2	2 777,5	961,5	512,3
davon in:												
Schlesw.-Holst.	4 148	932	1 084	1 361	577	194	231,4	32,7	54,0	83,3	43,1	18,3
Hamburg	4 467	266	1 147	1 989	807	258	278,0	10,0	57,0	126,0	62,0	24,0
Niedersachsen	10 831	583	1 945	5 547	1 929	827	678,9	18,8	101,0	337,5	142,1	79,5
Bremen	782	38	187	356	163	38	48,0	1,0	9,0	22,0	13,0	3,0
Nordrh.-Westf.	39 995	3 465	13 766	17 696	3 807	1 261	2 504,0	143,5	756,8	1 149,3	316,6	137,8
dar.:Kohlenabg.	6 329	96	1 834	3 662	662	75	391,3	4,1	97,5	228,0	53,7	8,0
Hessen	12 066	1 346	3 735	4 937	1 368	680	727,2	42,8	193,4	316,5	106,4	68,4
Rheinland-Pfalz	2 791	134	779	958	463	457	195,7	4,9	41,9	64,0	39,3	45,6
Baden-Württbg.	15 479	523	3 348	8 175	2 260	1 173	1 028,9	18,0	176,9	530,8	184,0	119,2
Bayern	6 478	723	2 594	2 299	704	158	388,2	29,3	139,2	148,1	55,0	16,5
Berlin (West)	3 805	1 160	1 320	1 075	235	15	201,5	41,6	69,6	70,6	18,2	1,6
darunter: mit öffentlichen Baudarlehen geförderte Bauvorhaben allein												
Bundesgeb.4.Vj.	86 142	7 004	25 380	38 479	10 540	4 739	5 433,6	261,8	1 366,0	2 474,7	847,9	483,4
davon in:												
Schlesw.-Holst.	3 814	896	977	1 224	532	185	211,6	31,5	48,3	74,4	39,9	17,5
Hamburg	1 629	60	292	825	290	162	110,0	2,0	15,0	53,0	24,0	16,0
Niedersachsen	8 343	463	1 545	4 155	1 541	639	522,6	14,9	81,1	252,5	113,3	60,8
Bremen	336	4	92	144	58	38	22,0	0	5,0	9,0	5,0	3,0
Nordrh.-Westf.	39 995	3 465	13 766	17 696	3 807	1 261	2 504,0	143,5	756,8	1 149,3	316,6	137,8
dar.:Kohlenabg.	6 329	96	1 834	3 662	662	75	391,3	4,1	97,5	228,0	53,7	8,0
Hessen	9 091	955	2 793	3 641	1 030	672	556,0	27,5	145,2	234,5	81,4	67,5
Rheinland-Pfalz	2 791	134	779	958	463	457	195,7	4,9	41,9	64,0	39,3	45,6
Baden-Württbg.	15 479	523	3 348	8 175	2 260	1 173	1 028,9	18,0	176,9	530,8	184,0	119,2
Bayern	4 664	504	1 788	1 661	559	152	282,8	19,5	95,8	107,2	44,4	16,0
Berlin (West)	3 805	1 160	1 320	1 075	235	15	201,5	41,6	69,6	70,6	18,2	1,6
darunter: Neubau												
Bundesgeb.4.Vj.	67 652	3 999	18 433	31 460	9 270	4 490	4 319,6	147,0	983,9	1 987,6	743,7	457,4
davon in:												
Schlesw.-Holst.	3 270	785	733	1 054	515	183	182,9	27,4	36,1	63,6	38,5	17,3
Hamburg	1 018	36	100	469	254	159	73,0	1,0	5,0	30,0	21,0	16,0
Niedersachsen	6 815	235	1 067	3 485	1 413	615	436,2	7,3	55,2	207,4	107,8	58,5
Bremen	158	2	17	79	37	23	11,0	0	1,0	5,0	3,0	2,0
Nordrh.-Westf.	29 781	1 637	9 903	13 957	3 134	1 150	1 874,2	67,5	539,0	884,6	258,5	124,6
dar.:Kohlenabg.	5 941	78	1 675	3 468	647	73	368,2	3,3	89,1	215,7	52,3	7,8
Hessen	7 217	512	2 108	3 034	925	638	455,2	15,3	109,7	193,5	72,6	64,0
Rheinland-Pfalz	2 274	82	601	755	397	439	162,9	2,9	32,5	50,1	33,5	43,9
Baden-Württbg.	13 192	283	2 452	7 262	2 062	1 133	884,0	9,2	127,0	466,0	166,5	115,3
Bayern	3 927	427	1 452	1 365	533	150	240,2	16,4	78,4	87,4	42,3	15,8
Berlin (West)	942	188	356	233	157	8	53,7	7,1	18,8	14,8	12,1	0,8
Wohnungen für einkommensschwache Wohnungssuchende allein												
Bundesgeb.4.Vj.	41 509	3 745	12 937	17 163	5 001	2 663	2 568,3	138,5	683,8	1 088,4	389,4	267,3
davon in:												
Schlesw.-Holst.	2 225	679	629	544	270	103	115,9	23,0	30,9	32,4	20,0	9,6
Hamburg	2 130 ¹⁾	168	777	835	256	94	122,0	6,0	37,0	51,0	19,0	8,0
Niedersachsen	5 282	170	875	2 535	1 128	574	333,3	5,0	44,8	150,4	77,8	55,3
Bremen	98	-	46	37	9	6	5,0	-	2,0	2,0	1,0	0
Nordrh.-Westf.	20 272	1 971	7 369	8 371	1 807	754	1 252,4	78,5	400,7	544,5	147,4	81,3
dar.:Kohlenabg.	769	3	63	410	271	22	53,2	0,1	3,6	25,6	21,6	2,3
Hessen	4 587	432	1 371	1 885	526	373	281,7	14,6	70,3	118,7	40,6	37,6
Rheinland-Pfalz	1 214	43	358	303	226	284	90,0	1,6	19,6	20,4	20,4	28,0
Baden-Württbg.	4 129	152	986	2 106	501	384	269,1	4,9	51,4	133,7	41,4	37,7
Bayern	1 572	130	526	547	278	91	98,9	4,9	27,1	33,3	21,8	9,8
Berlin (West)	1 038	262	429	294	53	-	53,8	9,3	22,2	18,7	3,8	-

1) Darunter: 678 Umschichtungswohnungen.-

**5. Zusätzliche öffentliche Mittel zur Finanzierung
des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaues**

Berichtszeitraum Land	Aus Bundes-, Landes- und Lastenausgleichs- mitteln über dritte Stellen <u>erststellig</u> bereitgestellte Mittel	Nachfinanzierung			Öffentliche Instandsetzungs- mittel
		aus öffentlichen Etatmitteln	aus Lastenaus- gleichsmitteln	aus Landesmitteln	
		1 000 DM			
1955 insgesamt	230 466,7	22 494,1	5 325,0	2,0	23 376,0
1956 "	319 166,7	40 840,1	6 563,5	602,8	17 235,3
1957 "	267 723,7	38 279,0	4 852,8	-	14 976,4
1957 1. Vj.	109 497,7	827,9	25,1	-	3 928,1
2. Vj.	38 977,9	6 377,6	262,1	-	2 297,5 ¹⁾
3. Vj.	60 125,8	15 455,7	313,9	-	5 821,9 ¹⁾
4. Vj.	59 122,4	15 617,9	4 251,7	-	2 928,9
davon in:					
Schleswig-Holstein	-	1 126,5	111,1	-	-
Hamburg	-	35,5	-	-	56,7
Niedersachsen	-	431,6	276,5	-	386,9
Bremen	-	-	-	-	129,5
Nordrhein-Westfalen	20 000,0	9 522,1	-	-	-
dar.: Kohlenabgabe	-	2 140,0	-	-	-
Hessen	-	2 287,2	3 864,1	-	586,1
Rheinland-Pfalz	-	34,0	-	-	-
Baden-Württemberg	-	1 929,7	-	-	1 749,7
Bayern	39 122,4	251,3	-	-	20,0
Berlin (West)	-	254,7	1,1	-	102,2

1) Darunter von Niedersachsen 85 000 DM als Zinszuschüsse aus Landesmitteln.

**6. Mit Lastenbeihilfen allein
geförderter sozialer Wohnungsbau**

Berichtszeitraum Land	Höhe der		Jahressumme der Beihilfen	und zwar		
	subventio- nierten Hypothesen	Annuitäten		Zinszuschüsse	Annuitäts- darlehen	Beihilfen, die nicht aufge- gliedert werden können
	1 000 DM					
1957 insgesamt	160 206,9	13 944,1	12 479,8	6 227,7	2 058,3	4 193,8
1957 1. Vj.	30 128,2	2 255,0	2 084,1	1 903,9r	151,9r	28,3
2. Vj.	33 461,7	3 016,1	2 715,4	1 328,6	696,5	690,3
3. Vj.	31 927,9	2 970,0	2 597,8	1 378,3	639,1	580,4
4. Vj.	64 689,2	5 703,1	5 082,6	1 617,0	570,8	2 894,8
davon in:						
Schleswig-Holstein	1 788,1	126,9	103,6	-	-	103,6
Hamburg	1 326,0	101,1	700,4	87,8	6,6	605,9
Niedersachsen	17 551,4	1 569,1	872,3	595,4	238,5	38,4
Bremen	6 402,0	558,1	472,7	-	-	472,7
Nordrhein-Westfalen	-	-	-	-	-	-
dar.: Kohlenabgabe	-	-	-	-	-	-
Hessen	25 831,0	2 088,4	1 674,1	-	-	1 674,1
Rheinland-Pfalz	-	-	-	-	-	-
Baden-Württemberg	-	-	-	-	-	-
Bayern	11 790,7	1 259,4	1 259,4	933,8	325,6	-
Berlin (West)	-	-	-	-	-	-

(Alle Förderungstypen)

- 14 -